

Das politische Potenzial freiwilligen Engagements

Zusammenfassung

Bereits in den 50er, spätestens jedoch seit den 60er Jahren lässt sich in den europäischen Industrienationen eine Ausdifferenzierung der Formen gesellschaftlichen Engagements feststellen. Dabei stellt sich die Frage, wie sich diese Phänomene genau beschreiben lassen, die sich zwischen den Polen „soziales Engagement“ und „politisches Engagement“ bewegen. Obgleich mit dem Leitbild des Bürgerschaftlichen Engagements ein Konzept vorliegt, das jedem gesellschaftlichen zivilgesellschaftlichen Engagement eine eigenständige politische Motivation des Mitgestaltens zuschreibt, so lässt sich doch in den vergangenen Jahren eine Infragestellung und eine Trennung der Fachdiskussionen beobachten.

Als eine Ursache für diese Entwicklung wird eine Vernachlässigung der konzeptionellen Debatte zwischen sozialem, freiwilligem und politischem Engagement ausgemacht. Der vorliegende Beitrag möchte diese Lücke schließen. Die Kernthese des Vortrags ist, dass verschiedene Formen gesellschaftlichen Engagements auch Ausdruck eines mehrdimensionalen, komplexen Politikverständnisses sind. Dieses Politikverständnis bildet aber nicht mehr nur das in der politikwissenschaftlichen und soziologischen Debatte mehrheitlich vertretene Verständnis politischer Partizipation an, das auf die Beeinflussung politischer Institutionen und Entscheidungsträger_innen abzielt. Um das politische Potenzial gesellschaftlichen Engagements zu erfassen ist es deshalb notwendig, über die Konzeption politischer Partizipation nachzudenken und damit über das Wesen des Politischen selbst.

Der Beitrag nimmt mit diesem Analyseblick Elemente des gesellschaftlichen Engagements neu in den Blick, um das politische Potenzial erfassen zu können. Die identifizierten Elemente sind:

- (a) Das Selbstverständnis als Bürger_in sowie die zugrundeliegenden Motivationen
- (b) Die Zielebene, die (mit-)gestaltet werden soll
- (c) Die Einschätzung der Art und Weise, wie „Probleme“ gelöst werden sollen
- (d) Die Relation zwischen neuen Kontexten und politischen Handlungen

Der Beitrag lotet das politische Potenzial gesellschaftlichen Engagements anhand dieser Ebenen aus. Auch wenn eine Erweiterung des Begriffs politischer Partizipation entlang der erwähnten Ebenen notwendig erscheint, so zieht dies weitere Fragen für die weitergehende Debatte nach sich:

- Wo verläuft die neue Grenzziehung zwischen „sozialer Partizipation“ einerseits und „politischer Partizipation“ andererseits?
- Wie integrieren wir anhand der abnehmenden Unterstützung für institutionalisierte Formen der politischen Beteiligung neue, nicht-institutionalisierte Formen des Engagements zur Unterstützung legitimer Entscheidungen?
- Bieten nicht-institutionalisierte Engagementformen neue Möglichkeiten, um bislang marginalisierte und nicht am Partizipationsprozess teilnehmende Menschen zu integrieren?
- Wie lässt sich anlässlich dieser Ausdehnung neuer Engagementformen, die sich zumeist auf kommunaler Ebene zeigen, eine Legitimierung von Demokratie über die kommunale Ebene hinaus erreichen?

Keywords: Ausdifferenzierung von Engagement; Freiwilliges Engagement; politische Partizipation; Politikbegriff

Vorbemerkung

Das Anliegen, das politische Potenzial gesellschaftlichen Engagements herauszuarbeiten, mag auf den ersten Blick überraschend erscheinen, zumal der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements spätestens seit der Arbeit der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, die im Jahr mit dem Bericht 2002 ihren Abschluss fand, seit diesem Zeitpunkt ein etablierter Begriff der politischen Diskussion ist. Dabei war für die Arbeit der Enquete-Kommission ein umfassender und vielfältiger Begriff des freiwilligen Engagements Grundlage: Dieser umfasst sowohl die Tätigkeit in Vereinen und Verbänden, Kirchen, karitativen und anderen gemeinnützigen Organisationen, in Freiwilligenagenturen, Hospizbewegung oder Tafeln wie die Mitarbeit in Selbsthilfegruppen, Nachbarschaftsinitiativen und Tauschringen, politisches Engagement in Bürgerinitiativen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Volksbegehren oder anderen Formen von direktdemokratischer Bürgerbeteiligung, die Arbeit in Parteien und Gewerkschaften oder den Einsatz in Freiwilligendiensten sowie gemeinwohlorientierte Aktivitäten von Unternehmen und Stiftungen mit gemeinnütziger Zielsetzung (Deutscher Bundestag 2002). Der genannte Leitbegriff „Bürgerschaftliches Engagement“ umfasst damit eine Vielzahl verschiedener Motivationen gesellschaftlichen Engagements wie soziale und politische Partizipation, er benennt verschiedene Formen und er adressiert verschiedene Akteure. Ein in diesem Sinne freiwilliges Engagement ist unentgeltlich, es dient dem Gemeinwohl und wird im öffentlichen Raum erbracht.

Zu dieser Entwicklung lassen sich zwei Aspekte anführen, die die Motivation, freiwilliges Engagement nach seinem Potenzial zu befragen, erklären: Zum ersten ist die Debatte um „Bürgerschaftliches Engagement“, die das politische Potenzial freiwilligen Engagements als inhärent begreift, im internationalen Vergleich eine Diskussion, die so nur in Deutschland geführt wird. Zum zweiten lässt sich seit langem beobachten, dass Bürgerinnen und Bürgern sich von Ausdrucksformen konventioneller Beteiligung wie Wahlen und Parteien abwenden. Gleichzeitig genießen Formen des freiwilligen Engagements eine hohe Bedeutung, die Gestaltung des Gemeinwesens in selbstgewählten Prozessen und Projekten erfährt einen großen Zuspruch. So stellt sich die Frage nach dem politischen Potenzial des freiwilligen Engagements auch aus diesen praktischen Entwicklungen heraus und erfordert eine neue konzeptionelle Klärung.

I. Pluralisierung der Formen gesellschaftlichen Engagements

Gesamtgesellschaft kann politische Partizipation in seiner Bedeutung für Demokratie nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie ist Transmissionsriemen, deren Aktivitäten Interessen transparent machen und zu deren Bündelung beitragen. Zum zweiten dient politische Beteiligung der Steigerung der Legitimität des politischen Systems, da sie zu Akzeptanz und Transparenz des politischen Systems beiträgt. Beschränkte sich politische Beteiligung in den 50er und bis in die Mitte der 60er Jahre vornehmlich auf konventionelle Formen wie die Teilnahme an Wahlen und das Engagement in Parteien, so setzte spätestens Ende der 60er Jahre die - inzwischen viel zitierte - Ausdifferenzierung von Formen politischer Beteiligung ein. Manche sprechen gar von einem „fast unbegrenzten Repertoire“ (Van Deth 2013) von Formen politischer Partizipation, die Demonstrationen,

Unterschriftensammlungen, Bürgerbefragungen, Baumbesetzungen oder Verkehrsblockaden umfassen, um nur einige wenige zu nennen. Diese zumeist als „nicht-institutionalisierte Formen“ (Steffen/Schmidt 2011; Van Deth 2013) oder „alternative politische Tätigkeiten“ (Bertelsmann 2013: 57) bezeichneten Aktivitäten werden in hohem Ausmaß - jedoch insgesamt nicht von der Mehrheit der Bevölkerung - wahrgenommen. So haben bereits 60% der Bürgerinnen und Bürger an Unterschriftenaktionen (ohne Internetbeteiligung) teilgenommen, 30% an einer Kundgebung oder Demonstration und 13% haben sich an einer Bürgerinitiative beteiligt (Schmidt/Wilhelm 2011). Dabei ist eine steigende Protestneigung feststellbar (Steffen/Wilhelm 2011). Auch Formen der Partizipation, die von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern angestrengt und in die Öffentlichkeit getragen werden, gehören dazu. Formen von „individualized collective action“, wie z.B. Boykotte oder Buykotte beschreiben Aktivitäten, die Konsumententscheidungen als Ausdruck politischer Präferenzen nutzen. Im Zentrum stehen hier moralische Standpunkte, also intrinsische Funktionen politischer Partizipation (Van Deth 2013). Seit den Studien von Robert Putnam, der das soziale Kapital freiwilligen Engagements untersucht, wird freiwilliges Engagement, wie z.B. ehrenamtliche Tätigkeiten, auch in seinen Bedeutungen als politische Aktivitäten untersucht, ein Verständnis, auf das sich auch der Begriff des Bürgerschaftlichen Engagements stützt (Deutscher Bundestag 2002: 32f.).

Ein bedeutendes Folgeprojekt der Enquete-Kommission sind die in regelmäßigen Abständen erarbeiteten Freiwilligensurveys, die Höhe, Formen und Bereiche des Engagements in Deutschland einschätzt. Rund 36% der Bürgerinnen und Bürger ab 14 Jahren engagieren sich in Deutschland bürgerschaftlich. Im Freiwilligensurvey 2006 wurde auch nach der politischen Wesenhaftigkeit des Engagements gefragt, und rund 21% der Befragten stufen ihre Aktivitäten „voll und ganz“ sowie 27% der Befragten „teilweise“ „auch als politisches Engagement“ ein (Gensicke et. al 2006). Zu beobachten ist zudem, dass politisches Handeln zunehmend von zivilgesellschaftlichen und privaten Räumen ausgeht (Van Deth 2013). Die umfassende Neudefinition von Adalbert Evers, diese Veränderungen als „Aktivwerden von Bürgerinnen und Bürgern jenseits von beruflichem und privatem Alltag“ (Evers 2010: 37) einzufangen, müssten um den privaten Raum als zunehmend bedeutende Quelle politischen Engagements erweitert werden.

Diese Veränderungen der Ausdifferenzierung des Engagements sowie der veränderten Einschätzung dieses gesellschaftlichen Engagements unterstreichen nochmals die Notwendigkeit einer neuen Verhältnisbestimmung zwischen Ebenen des freiwilligen Engagements als sozialer Partizipation einerseits und politischer Partizipation andererseits (Behringer 2013).

II. Gesellschafter Wandel und politische Partizipation

Die dargestellte Ausdifferenzierung an Formen des Engagements, die sich über mehrere Jahrzehnte vollzogen hat, wird auf mehrere Faktoren zurückgeführt. Diese Faktoren beeinflussen auch die Höhe des Engagements. Um sich beteiligen zu können sind wesentliche soziokulturelle Ressourcen notwendig. Bildung bildet den Rahmen für die Ausbildung von Werthaltungen und Kompetenzen, die für politische Beteiligung in Demokratien wichtig ist. Sie wird ebenso als Grundlage für die

Ausbildung eines politischen Interesses, des Interesse an öffentlichen Angelegenheiten, betrachtet. Darüber hinaus wird zunehmender Wohlstand bzw. auf individueller Ebene ein entsprechendes Einkommen als wichtiges Element betrachtet, das nicht nur die Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht regelt, sondern es auch ermöglicht, über Zeitressourcen zu verfügen, die für Aktivitäten der politischen Teilhabe möglich sind.

Im Rahmen der intensiven Erforschung politischer Partizipation trägt zudem der sogenannte Wertewandel, der sich im europäischen Kontext gemäß der These von Ronald Inglehart auf einem Kontinuum zwischen materialistischen und postmaterialistischen Orientierungen bewegt, zu einer Ausdifferenzierung der Beteiligungsmodi bei. Dieser Wertewandel äußert sich nach Helmut Klages nicht als lineare Abfolge von Orientierungen, sondern als Wertesynthese in verschiedenen Formen von „Mischtypen“ von „Pflicht- und Akzeptanzwerten“ einerseits und Werten der „Selbstentfaltung“ andererseits.

Für den Bereich der politischen Partizipation ist hierbei zentral, dass diese langfristigen Veränderungen eine Abnahme von Pflichtorientierungen beinhalten. So wird beispielsweise die Teilnahme an Wahlen in sinkendem Masse als „Bürgerpflicht“ betrachtet (Bertelsmann 2013). Gleichzeitig führt der Wertewandel zu einem steigenden Bedürfnis nach direkter und unmittelbarer Mitsprache in öffentlichen Angelegenheiten und entsprechender Kommunikation. Diese Entwicklung hat zur Ausformung und Ausdifferenzierung der politischen Mitsprache jenseits formeller Mechanismen (z.B. in der vermehrten Entwicklung und Anwendung diskursiver Verfahren), aber auch zum Ausbau formeller Beteiligungsmechanismen (z.B. in der Einführung direktdemokratischer Instrumente auf kommunaler Ebene) beigetragen. Die Ausdifferenzierung des Teilhaberepertoires hat auch damit zu tun, dass Formen gesellschaftlichen Engagements als Ausformung der Selbstentfaltung und der Selbstbestimmung verstanden werden können.

Neben diesen veränderten Werthaltungen, die sich insbesondere auf die Bandbreite der Engagementformen auswirkt, wird der Rückgang der Unterstützung institutionalisierter Formen auch auf die Unzufriedenheit mit politischen Ergebnissen repräsentativer Gremien zurückgeführt. Zudem besteht ein verbreiteter Missmut mit dem politischen Personal. Insgesamt wird dieses Phänomen häufig als „Politikverdrossenheit“ bezeichnet (Huth 2004; Maier 2000; Zeschmann 2000). Es ist gerade deshalb umso wichtiger, die demokratische Orientierung neuer Beteiligungs- und Engagementformen im Auge zu behalten und einzufordern.

III. Ein komplexes Verständnis politischer Partizipation

Angesichts der beschriebenen Veränderungen erscheint es notwendig, auf konzeptioneller Ebene aufzuzeigen, *worin im Detail* ein politisches Potenzial gesellschaftlichen freiwilligen Engagements bestehen kann. Obgleich im Begriff des bürgerschaftlichen Engagements politisches Potenzial als inhärent betrachtet wird, wird freiwilliges Engagement auch als „Zulieferer“ für politisches Engagement eingeschätzt, also eher als Voraussetzung für politische Partizipation. So gelten

bestimmte Selbsterfahrungen im Feld des freiwilligen Engagements als Quelle von Kompetenzen¹. Auch ist freiwilliges Engagement eine Quelle von Sozialkapital, das sich wiederum im Vorhandensein von Vertrauen, von gemeinschaftsbezogenen Werten sowie in sozialen Kontakten und Netzwerken zeigt. Sozialkapital ist demnach eine wichtige Voraussetzung für die Herausbildung demokratischer Werte und demokratischer Qualität (Freitag 2014). Freiwilliges Engagement als Voraussetzung für politische Partizipation zeigt sich auch im geflügelten, auf Alexis de Toqueville zurückgehenden Wort vom freiwilligen Engagement als „Schule der Demokratie“ als einem Aktivitätsfeld, in dem sowohl Kompetenzen und Fähigkeiten für Prozesse der politischen Beteiligung wie auch politisches Interesse entstehen. Umgekehrt ist der Bereich des freiwilligen Engagements ein Rekrutierungsreservoir für Formen der politischen Mitwirkung. Jan W. van Deth plädiert treffend für ein Ergänzungsverhältnis sozialer und politischer Partizipation, um diese Verschränkung der beiden Phänomene aufzeigen zu können (Van Deth 2001).

Im Rahmen politikwissenschaftlicher Forschung zu politischer Partizipation ist nach wie vor ein instrumentell-funktionaler Begriff politischer Partizipation vorherrschend, der alle Handlungen fasst, die Bürgerinnen und Bürger freiwillig mit dem Ziel vornehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen (Kaase 1995, Steinbrecher 2009).

Von politischer Partizipation wird im Rahmen politikwissenschaftlicher Forschung soziale Partizipation abgegrenzt, die nach Gabriel/Vökl „alle individuell oder gemeinsam mit anderen ausgeführten freiwilligen Tätigkeiten, die nicht unter die Erwerbstätigkeit fallen und das Ziel verfolgen, sich selbst oder anderen unentgeltlich materielle oder immaterielle Güter wie Geld, Pflege, Wohlbefinden, Unterhaltung oder soziale Kontakte zur Verfügung zu stellen“, umfasst (2005: 529). Diese Definition sozialer Partizipation stuft viele Aktivitäten des freiwilligen Engagements im sozialen und karitativen Bereich als nicht-politische Tätigkeiten ein. Vor dem Hintergrund der beschriebenen Veränderungen bezüglich Formen, Akteuren und Motivationen scheint dieser Begriff zwar nicht mehr ausreichend, jedoch stellt sich bei einem Vorhaben neuer Verhältnisbestimmung die Frage nach neuen Abgrenzungen zwischen freiwilligem Engagement, politischer Partizipation und sozialer Partizipation, um nicht mit einer „theory of everything“ (Van Deth 2001) zu enden.

Für eine neue Annäherung an einen komplexen Begriff politischer Partizipation sollen zunächst vier Bedingungen gelten, die Van Deth als grundlegend an politische Partizipation beschreibt, um gesellschaftliche Phänomene als „politische“ zu erkennen: Die Phänomene sind Handlungen, die freiwillig sind. Personen agieren als Bürgerinnen und Bürger, deren Handlungen sich im weitesten Sinne auf Regierung, Politik und staatliche Angelegenheiten beziehen (Van Deth 2014). Obwohl demnach die Zielperspektive als ein Element im weitesten Sinne auf Politik sowie staatliche Handlungen und Regierung gerichtet sein muss, um politisches Handeln zu erkennen, haben wir es hier mit einer im Vergleich zur instrumentellen Definition weiteren Verständnis politischer Partizipation zu tun.

¹ Vgl. für empirische Evidenz beispielsweise die Arbeiten von Wiebken Düx, Thomas Rauschenbach und Erich Sass.

Um Aktivitäten des freiwilligen Engagements und der sozialen Partizipation in ihrem Potenzial berücksichtigen zu können, müssen zusätzliche Motivationen und Funktionen politischen Handelns Eingang in entsprechende Verständnisse finden. So stellt John Parry fest, dass politische Partizipation auch dann vorliegen kann, wenn sich Bürgerinnen und Bürger aus der Haltung der Verantwortung und der Identität politisch einbringen: Weil sie sich mit dem Gemeinwesen in besonderer Weise identifizieren, verfügen sie über eine gute Kenntnis der Problemlagen und vorhandener Bedürfnisse und Präferenzen und wissen um die geteilte Wahrnehmung von Problemen und Bedürfnissen (nach Steinbrecher 2009). Diese Orientierung am Kollektiv scheint auf der individuellen Ebene gerade auch im freiwilligen Engagement eine besonders hohe Bedeutung zu haben.

Eine weitere Ausdrucksform für politische Partizipation ist das Anliegen, Erfahrungen der Selbstentfaltung und Kompetenzentwicklung zu generieren. Politische Aktivität führt nach diesem Modell aus, dass eine wesentliche Funktion von Partizipation für das Individuum darin besteht, dass neue Werte, Einstellungen und Kompetenzen entwickelt werden können. Diese Ebene ist nach Stuart Nagel essentiell für die Herausbildung staatsbürgerlicher Kompetenzen (nach Steinbrecher 2009).

Schließlich kann nach Morris Fiorina auch der Wunsch nach Expression und Einbringen der eigenen Meinung Ausdrucksform auch politischer Partizipation sein. Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in verschiedenen Formen, weil sie ihre Meinung in der Öffentlichkeit kundtun wollen. Ein starkes Motiv bildet zudem der Wunsch nach Zugehörigkeit (nach Steinbrecher 2009).

Für die demokratiethoretische Deutung der Bandbreite gesellschaftlicher Beteiligung und für die Erörterung deren Relevanz für demokratische Systeme wird deshalb vorgeschlagen, den Begriff der instrumentellen Partizipation zu erweitern, um weitergehende Verständnisse politischer Partizipation und entsprechender Elemente integrieren zu können. Dabei werden vier Ebenen, die für die Charakterisierung instrumenteller Partizipation herangezogen und um die genannten Ebenen angereichert. Die Ebenen sind in folgender Tabelle dargestellt, die im Anschluss erläutert wird:

Grundbedingungen politischer Partizipation	
Bürger_innen – freiwillig – Aktivitäten sind Handlungen – auf Politik (und Regierung/Staat gerichtet)	
Politische Partizipation instrumentell	Politische Partizipation komplex
A_Selbstverständnis „Staatsbürger_in“ (Teilnahme an Diskussionen; Meinungsbildung; Wählen)	A_Selbstverständnis „Staatsbürger_in“: (Teilnahme Diskussionen; Meinungsbildung; Wählen; Gestalten; Verantwortung übernehmen; Etwas bewegen)
B_Zielebene: Politik/Regierung/staatliche Angelegenheiten beeinflussen	B_Zielebene: Politik/Regierung/staatliche Angelegenheiten beeinflussen; Gesellschaft (mit-)gestalten; Verantwortung für Gemeinwohl übernehmen; langfristige Dynamik
C_Problemorientierung: „Politik“ löst Probleme	C_Problemorientierung: „Politik“ löst Probleme; Probleme selbst lösen (Subsidiaritätsorientierung)
D_Aktivitäten: Handlungen nur dann politisch, wenn innerhalb des politisch-institutionellen Kontextes und Motivation	D_Aktivitäten: Handlungen auch dann politisch, wenn im Rahmen gesellschaftlichen/sozialen Kontextes und Motivation

Abbildung 1: Komplexe Definition politischer Partizipation

Quelle: Eigene Darstellung

A_Selbstverständnis Bürger_innenrolle

Im Rahmen des instrumentellen Politikverständnisses besteht die Rolle als Staatsbürgerin/als Staatsbürger darin, sich eine eigene politische Meinung zu bilden und bei entsprechenden Gelegenheiten in politische Diskussionen einzubringen. Die zweite wichtige Aktivität besteht darin, an Wahlen teilzunehmen. Die Bildung einer eigenen politischen Meinung und die Teilnahme an politischen Diskussionen finden sicherlich im Rahmen von Aktivitäten des freiwilligen Engagements statt. Ein komplexes Verständnis politischer Partizipation umfasst auch Formen politischer Partizipation, die die Bearbeitung politischer Themen ermöglichen. Die Selbstgestaltung und die Übernahme von Verantwortung für eigene politische Projekte ist ein zusätzliches Element eines komplexen Verständnisses politischer Partizipation, das nicht mehr ausschließlich darauf abzielt, politische Entscheidungen von Amts- und Mandatsträgerinnen und –trägern zu beeinflussen. Dabei sind instrumentelle Motivationen nicht überholt, jedoch können andere Motivlagen hinzukommen oder an deren Stelle treten. So zeigen sich im freiwilligen Engagement instrumentell-individuelle Orientierungen, wenn darauf abgezielt wird, Kompetenzen weiterzuentwickeln oder neu zu entwickeln. Gerade hier zeigen sich aber auch andere, altruistische Motive im Sinne der (Mit-)Gestaltung der Gesellschaft. Vor dem Hintergrund einer Werteorientierung, die der Selbstentwicklung und Eigengestaltung einen immer höheren Wert zumisst, ist zudem – durchaus

kritisch im Sinne einer demokratischen Gesellschaft – zu diskutieren, ob „das politische System“, Politik, Regierung und staatliche Angelegenheiten überhaupt noch Adressat gesellschaftlicher Aktivitäten sind bzw. an wen sich die Aktivität richtet. Ebenso wäre zu erfassen, inwieweit diese Motive als Teil eines staatsbürgerlichen Verständnisses bezeichnet werden.

B_Zielebene: Politik und Gesellschaft gestalten

Adressaten im instrumentellen Verständnis politischer Partizipation sind politische Institutionen und ihre Amts- und Entscheidungsträger_innen, die Beeinflussung der „politischen Agenda“ und entsprechender Entscheidungen. Ein komplexes Politikverständnis umfasst auch die Zielperspektive der (Mit-)Gestaltung von Gesellschaft, die nicht mehr nur und in erster Linie darin liegt, staatliche Instanzen und ihre Institutionen wie Parteien und Verwaltung, Behörden und Parlamente zu adressieren, sondern auch andere Institutionen im gesellschaftlichen Bereich, wie zum Beispiel Institutionen des Dritten Sektors. Ein Motiv, sich in politische Angelegenheiten einzumischen, kann aus einer Gemeinwohlorientierung erfolgen und sich in (einem zunächst diffusen) Ziel äußern, die Gesellschaft (mit-)gestalten zu wollen. Der beschriebene Wertewandel sowie sozioökonomische Veränderungen eines gestiegenen Bildungsniveaus und höherem Wohlstand führen dazu, dass Bürgerinnen und Bürger „sich in ihre eigenen Angelegenheiten einmischen“ wollen, wie Max Frisch dies treffend formulierte. Eine weitere Quelle für diese Gestaltung ist möglicherweise auch eine Protestneigung, der in neuen kooperativen Politikangeboten institutionalisierter und nicht-institutionalisierter Formen begegnet werden müsste.

Ein komplexes Verständnis politischer Partizipation sollte zudem eine Zeitverlaufsperspektive beinhalten. Ein Anliegen oder ein Engagement, dem man sich zunächst in lokalen Netzwerken widmet, wie zum Beispiel die konkrete Hilfe in Nachbarschaftsnetzwerken, kann mittel- und langfristig durchaus zu einem politischen Projekt werden, indem die zugrunde liegende Problemlage „Zunahme an Einpersonenhaushalten“ und „Zunahme an Einsamkeit“ als gesellschaftliches Problem erfasst und durch die Aktiven eine strukturelle Lösung angestrebt wird, das sich mittel- oder langfristig an Politik, Regierung und staatliche Instanzen richtet. Deshalb sollte die dynamische Veränderung des Charakters eines Engagements, das womöglich als „Soziales“ begann und sich in ein „Politisches“ wandelt, im Blick behalten werden. Kriterium für politische Partizipation ist allerdings, dass ein gesellschaftliches Engagement eine allgemein wahrgenommene Problemlage transparent aufgreift und mit politischen Institutionen kooperiert, an solche Forderungen richtet oder sich für selbstentwickelte Lösungen im demokratischen Raum bewegt.

C_ Politisches Engagement als „problemorientiertes Handeln“

Im Rahmen des instrumentellen Verständnisses wird „Politik“, werden politische Institutionen als Adressaten zur Lösung gesellschaftlicher Problemlagen adressiert. Problemlösung wird damit delegiert. Ein komplexer Begriff politischer Partizipation, der Erscheinungsweisen gesellschaftlichen Engagements aufgreift, integriert das Anliegen gesellschaftlich engagierter Bürgerinnen und Bürger, Probleme selbst lösen zu wollen und diese auch als Ausdruck des Subsidiaritätsprinzips zu verstehen. Gerade in Formen des gesellschaftlichen Engagements, die sich Themenbereichen wie Soziales,

Umwelt oder Menschenrechten widmen, dürfte die Motivation, gezielt Probleme zu lösen oder zu einer Lösung selbst beizutragen, eine bedeutende Rolle spielen. Es scheint evident, dass Formen des freiwilligen Engagements besonders aufgrund ihrer Ausrichtung auf das lokale oder regionale Umfeld die thematische Gestaltung oder Problemlösung im unmittelbaren Lebensumfeld anstreben und somit als eine Form des problemorientierten Handelns betrachtet werden können.

D_ Aktivitäten im politischen und sozialen Kontext

Im instrumentellen Verständnis politischer Partizipation sind Aktivitäten politischer Partizipation an eindeutig politisch-institutionelle Kontexte und entsprechende Motivationen geknüpft. Ein Wahlakt ist nur dann eine Aktivität politischer Partizipation, wenn damit politische Zielsetzungen erreicht werden sollen, wie z.B. die eigene Wunschkandidatin ins Parlament zu befördern. Eine unpolitische Motivation und damit eine nicht-politische Handlung liegt zum Beispiel dann vor, wenn ein Wahlakt aus Gründen des häuslichen Friedens vollzogen wird (Van Deth 2013). Im Rahmen des freiwilligen Engagements liegt ein breites Aktivitätsrepertoire vor wie öffentliches Sprechen in Sitzungen, Abstimmen, Meinungsbildung, das Organisieren von Veranstaltungen oder das Führen von Protokollen. Auch in einem sozialen und strukturellen Kontext „Netzwerk“, „Verein“ oder „Initiative“ können diese Tätigkeiten als „politisch“ eingestuft werden, wenn mit diesen Tätigkeiten ein gesellschaftliches Anliegen unterstützt wird und mittel- oder langfristig ein Beitrag zu einer gesellschaftlichen (Mit-)Gestaltung erfolgen soll. So ist die Aktivität einer Kirchengemeinde, die fair gehandelten Kaffee einkauft, nicht weil dieser „besser schmeckt“, sondern ein Beitrag zu einer in dieser Perspektive „fairen Weltwirtschaft“ geleistet werden soll, politisches Handeln. Freiwilliges Engagement in zunächst als „unpolitisch“ erscheinenden Kontexten ist dann politisch, wenn gesellschafts- und politikorientierte Ziele verfolgt werden, die langfristig und öffentlichkeitswirksam sind.

IV. Fazit

Es ist das Anliegen des vorgelegten Beitrags, dass der vorgelegte Vorschlag für ein konzeptionell erweitertes Verständnis politischer Partizipation als Grundlage Eingang findet in zukünftige Grundlagenforschung zu politischer Partizipation wie empirischen Studien. Schlussendlich beinhaltet dieses auch ein Nachdenken über das Wesen des Politischen im 21. Jahrhundert und die sich daraus ergebende politisch-institutionelle Ausgestaltung. Die vier genannten Ebenen und Elemente sind konzeptionelle Bausteine für eine Evaluierung des politischen Potenzials gesellschaftlichen Engagements, das sich in vielfältigen Formen und Akteurslandschaften zeigt und so zu einer Ausdifferenzierung politischer Teilhabe beiträgt. Dessen Ergebnisse, Aktivitäten und Problemlösungsvorschläge fließen als zusätzlicher „Input“ in das politische System. Orte des Engagements sind darüber hinaus soziokulturelle Kontexte, die die Bedeutung des Engagements in einer Gesellschaft aufzeigen und zum Engagement auffordern. Die Ausdifferenzierung der Formen des Engagements zeigt jedoch auch, dass nicht nur öffentliche, sondern auch Privaträume nicht Orte, aber Quellen politischen Handelns sind.

Aus dem Tatbestand der Ausdehnung politischen Engagements ergibt sich die Anforderung, neue Modi des Engagierens und Partizipierens in die Legitimität der Entscheidungsfindung aufzunehmen. Darüber hinaus müssen politische Institutionen diese neuen Formen der Artikulation nicht nur von Interessen, sondern auch von Problemerkennung und Artikulation als Transmissionsriemen für Interessenartikulation aufnehmen und transparent machen.

Die Beantwortung dieser Fragen kann nicht erfolgen, ohne zivilgesellschaftliche Entwicklungen und Entwicklungen des repräsentativ-demokratischen Systems zu berücksichtigen. Die Ausdifferenzierung der Formen politischer Partizipation und des gesellschaftlichen Engagements erfolgt vor dem Hintergrund einer abnehmenden Wahlbeteiligung und einer hohen sozialen Selektivität dieser neuen Partizipations- und Engagementformen: Nicht-institutionalisierte Formen des Engagements werden nur von einer Minderheit als Alternative zu institutionalisierten Formen in Anspruch genommen; für die Mehrheit der Engagierten sind neue Formen des Engagements eine zusätzliche Möglichkeit, sich zu beteiligen.

Deshalb ist es wichtig, ein komplexes Verständnis politischer Partizipation nicht als Ersatz eines instrumentellen Verständnisses, sondern als Weiterentwicklung zu betrachten: Es ergänzt Elemente eines instrumentellen Verständnisses politischer Partizipation. Grundlegend ist, dass die Zielperspektive gesellschaftlichen Handelns im Sinne politischer Partizipation in einer politischen Orientierung besteht, die auch langfristig angelegt sein kann und sich im Verlauf des Engagements entwickeln kann. Diese politische Orientierung kann auf staatliches und Regierungshandeln unmittelbar, aber auch auf die Beeinflussung des Gemeinwohls und die demokratische Gestaltung der Gesellschaft gerichtet sein. Gesellschaftliches Engagement, das sich als politisches Engagement versteht, sucht, um Legitimation zu gewinnen, die Kooperation mit staatlichen Institutionen oder sie bewegt sich im demokratischen Raum auf der Basis demokratischer Werte oder versucht auch mit Protestverhalten, demokratische politische Entscheidungen zu beeinflussen oder mitzugestalten. Langfristig wird es darum gehen, Formen und Ergebnisse freiwilligen, bürgerschaftlichen Engagements als zusätzliche Ko-Produzenten demokratischer Politikgestaltung zu verstehen. Hierfür ist eine Orientierung auf politisch-institutionelle Organisationen des repräsentativ-demokratischen Systems seitens der Engagementlandschaft unumgänglich. Umgekehrt stellt sich nach wie vor die Herausforderung, wie politisch-institutionelle Institutionen des repräsentativ-demokratischen Systems, zum Beispiel Parteien, kooperativ mit den nicht mehr Entwicklungen des gesellschaftlichen, freiwilligen Engagements umgehen, auch über die Ebene kommunaler Politikgestaltung hinaus.

Literatur (Auswahl)

Deutscher Bundestag (2002) (Hrsg.): Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“: Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Drucksache 14/8900. Berlin

Behringer, Jeannette (2013): Behringer, J. (2013): Freiwilliges Engagement – zwischen Partizipation und Teilhabe? Elemente eines politischen Potenzials. In: Von Schnurbein, Georg/Wiederkehr, Daniel/Ammann, Herbert (Hrsg.): Freiwilligenarbeit zwischen Freiheit und Professionalisierung. Tagungsband der 6. Europäischen Freiwilligenuniversität vom 31. August bis 3. September 2011 in Basel. Seismo-Verlag: Zürich. S. 108-122

Evers, Adalbert (2010): Pars pro toto? Partizipationsforschung im Rahmen von Engagementforschung. In: Bertelsmann Stiftung/Fritz Thyssen Stiftung/Generali Deutschland/Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hrsg.): Engagementforschung als Gemeinschaftsaufgabe: Strategische Bedarfe, Agenda, Programmatik. Berlin. S. 37-49

Freitag, Markus (2014): Das soziale Kapital der Schweiz. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung

Gabriel, Oscar W./Völkl, Kerstin (2005): Politische und soziale Partizipation. In: Gabriel O. W./Holtmann, E. (Hrsg.): Handbuch politisches System der Bundesrepublik Deutschland, Vol. 3. München: Oldenburg. S. 523-574

Gensicke, Thomas et. al (2006): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004: Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Wiesbaden: VS-Verlag

Huth, Iris (2004): Politische Verdrossenheit: Erscheinungsformen und Ursachen als Herausforderungen für das politische System und die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland im 21. Jahrhundert. Münster: LIT-Verlag

Kaase, Max (1995): Partizipation. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik. Bonn. S. 521-527

Maier, Jürgen (2000): Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske und Budrich

Petersen et. al (2013): Gespaltene Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013. Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.). Gütersloh 2013

Schmidt, Steffen/Wilhelm, Anne (2011): Nicht-institutionalisierte politische Beteiligung und Protestverhalten. In: Bundeszentrale für politische Bildung unter: <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47408/politische-beteiligung?p=all>. Abruf am 4. Januar 2015

Steinbrecher, Markus (2009): Politische Partizipation in Deutschland. Baden-Baden: Nomos

Van Deth, Jan W. (2013): Das schwierige Verhältnis zwischen Partizipation und Demokratie. In: Pohl, Kerstin/Massing, Peter (Hrsg.): Politische Partizipation. Theoretische Konzepte und empirische Befunde. Politische Bildung 3/2013. Schwalbach am Ts.: Wochenschau-Verlag 2013. S. 9-21

Van Deth, Jan W. (2001): Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge? In: Koch, Achim et. al (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland: empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Opladen: Leske und Budrich. S. 195-219

Zeschmann, Philipp (2000): Wege aus der Politiker- und Parteienverdrossenheit. Demokratie für eine Zivilgesellschaft. Sinzheim: Pro – Universitate - Verlag

Autorin:

Jeannette Behringer, Dr. rer. pol., MAE, ist Politologin und Ethikerin. U.a. Sprecherin der AG 9 des BBE „Engagement und Partizipation in Europa“. Sie arbeitet in der Fachstelle Gesellschaft & Ethik der ev.-ref. Landeskirche Zürich. Als Sozialwissenschaftlerin verfasst sie Publikationen und Gutachten, hält Vorträge und ist als Moderatorin tätig. Ihre gegenwärtigen Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind: Demokratieentwicklung; Partizipative Demokratie und Europa; Verhältnis von Demokratie und Ökonomie; Politikverdrossenheit und soziale Teilhabe.

Kontakt: jeannette.behringer@zh.ref.ch

Redaktion:

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 5

[newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

www.b-b-e.de